



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

alles neu macht der April...

Das war eine wirkliche spannende Woche in Berlin für mich. Nach der Wahl zur Kreisvorsitzenden in Mayen-Koblenz letzten Sonntag wurde ich am Dienstag mit 98% Zustimmung in der Fraktion für das Amt der Ausschussvorsitzenden im neu gegründeten Bauausschuss gewählt. Mehr darüber lesen Sie in der heutigen Berlin-Info.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihre



Meine neue Aufgabe in Berlin: Deutscher Bundestag setzt neuen Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen ein

Nach fast 8 Jahren als Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich in dieser Woche eine neue, spannende Aufgabe übernommen. Seit Mittwoch bin ich Vorsitzende des neu gegründeten Ausschusses des Deutschen Bundestages für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. Ich freue mich riesig darauf, in den nächsten Jahren die Ausschusssitzungen in diesem wichtigen Politikfeld leiten zu dürfen. Als Architektin und Kommunalpolitikerin fühlt sich der Ausschuss für mich auch ein wenig wie „nach Hause kommen“ an.

Der neue Ausschuss wurde aus mehreren Gründen nötig. Zunächst weil die Kompetenzen für den Politikbereich Bauen in der Bundesregierung durch den Koalitionsvertrag vom Umweltministerium zum Innenministerium übergeben worden sind. Der Innenausschuss hat aber bereits eine so hohe Arbeitsbelastung, dass er diese neuen Kompetenzen nicht zusätzlich übernehmen konnte. Außerdem ist die Bedeutung dieses Politikbereichs in den letzten Jahren erheblich gestiegen, so dass ein eigener Ausschuss auch deshalb sinnvoll war.

DEUTSCHER BUNDESTAG
19. Wahlperiode

**Ausschuss für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und
Kommunen**
Konstituierende Sitzung
Mittwoch, 25. April 2018
17. 30 Uhr
2.600

In vielen städtischen Bereichen herrschen Wohnungsnot und explodierende Mieten, während gleichzeitig in manchen ländlichen Kommunen Probleme bestehen, eine gute Infrastruktur aufrechtzuerhalten, Gebäude zu sanieren und Leerstand zu bekämpfen. Im Koalitionsvertrag wurde diesen Themen deshalb viel Platz eingeräumt. Dort finden sich zum Beispiel die Wohnraumoffensive, das Baukindergeld und die Zukunft des Wohnungsbaus.

Auch steuerliche Förderungen für den Wohnungsbau und Sanierungen werden uns sicherlich beschäftigen. Das sind alles Themen, die auch für unseren Wahlkreis interessant sind und über die ich in der Berlin-Info in Zukunft berichten werde.

Der Bauausschuss ist nun der 24. ständige Ausschuss des Deutschen Bundestags. Der Ausschussvorsitz stand der Union zu. Deshalb hatte mich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon auf unserer Sitzung am Dienstag zur Vorsitzenden gewählt, was dann die Ausschussmitglieder aus allen Fraktionen auf der konstituierenden Sitzung des Ausschusses am Mittwoch bestätigt haben. Als Ausschussvorsitzende erwarten mich in den nächsten Wochen vor allem auch organisatorische Aufgaben. Ich werde ein Ausschussesekretariat mit fünf Mitarbeitern aus der Bundestagsverwaltung einrichten, Büroräume und ein Sitzungssaal für den Ausschuss müssen in den Liegenschaften des Parlaments gefunden werden und Ähnliches.

Da im Mai erst einmal der Bundeshaushalt für 2018 verabschiedet werden muss, wird es mit der thematischen Arbeit des Ausschusses dann in den vier Sitzungswochen des Parlaments im Juni und Juli so richtig losgehen. Bis dahin wird auch im Detail geklärt sein, welche einzelnen Gesetzgebungsvorhaben, die bisher anderen Ausschüssen zur Beratung zugeteilt worden waren, künftig vom neuen Bauausschuss betreut werden. Die Fraktionen werden dann auch eigene Berichterstatter für die einzelnen Themen unter ihren Ausschussmitgliedern benennen. Für mich als Vorsitzende werden neben den eigentlichen Ausschusssitzungen auch die sogenannten Obleuterunden wichtig sein, in die jede Fraktion einen Vertreter entsendet und wo zum Beispiel die Tagesordnungen für die Ausschusssitzungen festgelegt werden. ■



70 Jahre Israel

Was vor 70 Jahren mit der Gründung einer Heimstatt für das jüdische Volk begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte geworden. Israel feiert mit Stolz sein Jubiläum. Aus einem Land, das bei seiner Gründung in eine höchst unsichere und umkämpfte Zukunft blickte, wurde die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, nunmehr ein Land, das sein eigenes „Silicon Valley“ besitzt und das ein wichtiger Teil der westlichen Wertegemeinschaft geworden ist.

Deutschland steht dabei durch den Zivilisationsbruch der Shoah in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dass Israelis und Deutsche trotzdem zu Freunden wurden, grenzt an ein Wunder. Dafür sind wir den Menschen in Israel dankbar.

Die ganz besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Den Grundstein dieser Verpflichtung haben Ben Gurion und Konrad Adenauer gelegt. Dabei dürfen wir nie vergessen, welches Leid und Unrecht die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk zugefügt haben. In diesem

Bewusstsein und in Dankbarkeit über das seitdem Erreichte wollen wir die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder weitergestalten und unser Miteinander ausbauen.

Für Religionsfreiheit, gegen Antisemitismus

Wir haben im Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt: Religionsfreiheit, das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, steht im Mittelpunkt unseres Verständnisses der Menschenrechte. Es schützt die Lebenspraxis und damit die Würde jedes Menschen in besonderer Weise – und steht doch an vielen Orten weltweit unter Druck. Der Religionsfreiheitsbericht, den das Auswärtige Amt 2016 erstmals vorgelegt hat und nun, wie von uns gefordert, alle zwei Jahre veröffentlicht wird, weist dies amtlich nach.

Viele Mitglieder unserer Fraktion setzen sich schon seit Jahren für das Recht auf Religionsfreiheit ein etwa im Stephanuskreis, der sich in dieser Woche unter seinem Vorsitzenden Prof. Heribert Hirte neu konstituiert. Besonders erfreulich ist, dass mit unserem Kollegen Markus Grübel nun der erste Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit sich intensiv um dieses Thema küm-

mern kann. Angesichts von Diskriminierung und schrecklicher Gewalt, die gegen Angehörige von religiösen Minderheiten weltweit verübt werden, ist dies ein gutes Zeichen.

So sehr wir in Deutschland für die Religionsfreiheit eintreten, so stehen wir auch ganz ausdrücklich gegen den Antisemitismus auf. Gegen diese gerade in unserem Land besonders widerliche Form der Unmenschlichkeit, die nicht nur, aber auch religiös begründet wird, gehen wir mit aller Entschlossenheit vor.

Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen in unserem Land schon bisher von der Polizei geschützt werden müssen. Dass zu dem leider bereits bestehenden Antisemitismus sich nun ein neuer, arabischer und islamistischer Antisemitismus gesellt, ist nicht zu akzeptieren. Es gibt keinen Zweifel: Deutschland ist die Heimat von Christen und Juden, vielen Angehörigen anderer Religionen, von Atheisten und Menschen, die sich gar nicht mit einem Glauben auseinandersetzen wollen. Der Hass gegenüber Religionen und Antisemitismus haben hier nichts zu suchen. Dieses Grundverständnis ist Teil unserer Leitkultur.

Daten und Fakten

Deutsche Bürger und Unternehmen mit öffentlicher Verwaltung überwiegend zufrieden. Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger war im Jahr 2017 laut einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes unverändert hoch. Auf einer Skala von - 2 (sehr unzufrieden) bis + 2 (sehr zufrieden) betrug der durchschnittliche Gesamtwert 1,07 (2015: 1,06). Auch die Unternehmen sind weiterhin mit den deutschen Behörden insgesamt zufrieden, wie der Gesamtindikator mit einem Wert von 0,93 (2015: 0,94) zeigt. Die höchsten Zufriedenheitswerte erzielten die öffentliche Verwaltung bei den Faktoren Unbestechlichkeit (1,83) und Diskriminierungsfreiheit (1,64). Nachholbedarf besteht der Erhebung zufolge insbesondere in den Bereichen Online-Angebote und E-Government (0,68) sowie bei der Verständlichkeit von Formularen und Anträgen (0,69).

Quelle: Destatis

Weiterhin hohes Wirtschaftswachstum für 2018 prognostiziert. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wächst in diesem Jahr voraussichtlich um etwa zwei Prozent. Dies ergab die jüngste Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft. Treiber der starken Entwicklung ist der vor allem im Euroraum anhaltend starke Export. Der Umfrage zufolge rechnen über 50 Prozent der 2800 befragten Firmen mit einem Produktionsplus, lediglich acht Prozent erwarten einen Rückgang. Auch die Investitionen ziehen an: Im Jahr 2018 will knapp die Hälfte der Unternehmen mehr investieren, 46 Prozent möchten mehr Personal einstellen. Neben der anhaltend hohen Nachfrage nach deutschen Produkten auf dem Weltmarkt ist auch der Konsum im Inland weiterhin ungebremst. So erwarten die Konjunkturforscher für das derzeitige Jahr ein Konsumplus von knapp zwei Prozent.

(Quelle: IW Köln)